



Antrag an den BA 21 Pasing-Obermenzing für die Sitzung am 04.12.2018

Keine Abrissgenehmigung der GBW Wohnanlage Nimmerfallstr. 60-76

Antrag

Das Sozialreferat (Sachgebiet Zweckentfremdungen) wird aufgefordert, die Abrissgenehmigung für einen Neubau in der Nimmerfallstr. 60-76 umgehend zu widerrufen.

Das Sozialreferat wird entsprechend der Zweckentfremdungsverordnung aufgefordert, zu prüfen, ob der entstehende Wohnungsleerstand die GBW verpflichtet, diese neu zu vermieten.

Begründung

Die GBW will den ganzen Häuserblock mit 75 Wohneinheiten abreißen und neue teure Wohnungen bauen. Die Mieter hätten kein Recht auf Ersatzwohnungen.

Durch ein neues BGH-Urteil vom 14.11.2018 werden die Rechte der Mieter gestärkt. Darin stellt das Gericht klar, dass der Kündigungsschutz auch dann für jeden einzelnen Mieter gilt, wenn er nicht im Mietvertrag, sondern nur in der Sozialcharta festgeschrieben ist.

Im Jahr 2013 hat die Bayern LB rund 30.000 Wohnungen in Bayern an ein privates Konsortium verkauft. Dabei wurde zwischen den Parteien eine Sozialcharta vereinbart, in der „Altmietern“ ein besonderer Kündigungsschutz zugesichert wurde. Unter anderem wurde vereinbart, dass Mietern, die dort schon beim Verkauf im Mai 2013 wohnten, zehn Jahre nicht wegen Eigenbedarfs oder Hinderung an der wirtschaftlichen Verwertung gekündigt werden darf.

Konkret gilt der Kündigungsschutz bis 27.5.2023, inklusive neun Monaten Kündigungsfrist. Danach ist das Wohnrecht der Mieter bis ins Jahr 2024 gesichert.

Damit ist die Erteilung einer Abrissgenehmigung nicht rechtmäßig.

Dr. Constanze Söllner-Schaar
Fraktionssprecherin

Willy Schneider
Mieterbeirat im BA 21